

## Gestern im Rat

**Vorsitz:** Marco Planas (SP)

» Die **Kommissionen** wurden neu gewählt.

» Die Vorlage «**Kinderkrippe im Werk I der Stahlgiesserei und Baurechtsabgabe der Liegenschaft Ringkengässchen**» wurde mit 18 zu 15 Stimmen zurückgewiesen.

» Die Vorlage «**Bericht über die hängigen Motionen und Postulate 2020**» wurde mit 33 zu 2 Stimmen angenommen.

## Strategische Leitung von SH Power: Tanner wird Vize

Die Verwaltungskommission der städtischen Werke SH Power hat am 18. März zum ersten Mal in der neuen Zusammensetzung getagt. Im Zentrum standen die Konstituierung für die neue Legislatur 2021 bis 2024 und die Abnahme der Jahresrechnungen in den Sparten Strom, Gas und Wasser/Abwasser 2020 zuhaden des Stadtrats und des Grossen Stadtrats.

Im Rahmen der Konstituierung wurde gemäss einer Mitteilung der Stadt beschlossen, dass in den ersten beiden Jahren der neuen Legislatur die beiden Grossstadtratsvertreter das Vizepräsidium übernehmen. Grossstadtrat Urs Tanner (SP) wurde für das Jahr 2021 zum Vizepräsidenten gewählt. 2022 wird diese Funktion Grossstadtrat Hermann Schlatter (SVP) übernehmen. Über die Besetzung des Vizepräsidiums für 2023 und 2024 wird später entschieden. Präsident der Verwaltungskommission ist Stadtpräsident Peter Neukomm (SP).

Zum Vorsitzenden des Audit Committees, welches jeweils die Jahresrechnungen vorberät, wurde Marco Letta gewählt. Vorsitzende des Personal Committees, das bei Mutationen in der Geschäftsleitung zum Einsatz gelangt, wird Anna Roschewitz. (r.)

## Sätze zur Situation

**Stadtrat Daniel Preisig (SVP):**

«Hätte, könnte, würde – Sie hören richtig, ich rede im Konjunktiv.» Preisig sah es kommen, dass der Rückweisungsantrag zur Krippen-Vorlage angenommen werden würde.

**Walter Hotz (SVP):**

«Jetzt habe ich wirklich das Gefühl, wir seien in einem Gruselkabinett.» Hotz ärgerte sich in ebendieser Diskussion über die Argumente von Mitte-Links.

**Marco Planas (SP), Ratspräsident:**

«Gibt es Einzelvoten mit neuen Erkenntnissen?» Allerdings. Die Diskussion ging dann noch lange weiter.

**Stephan Schlatter (FDP):**

«Dass wir jetzt aus der Verschiebung einer Kinderkrippe ein derartiges Politikum machen, finde ich schäbig.» Schlatter wunderte sich über den giftigen Ton in der Debatte.

**Iren Eichenberger (Grüne):**

«Wenn jetzt ein Kampf um Kindergerechtigkeit tobt, möchte ich mich auch noch melden.» Ihr Votum war aber vergleichsweise kurz.

**Nicole Herren (FDP):**

«Wenn Sie jetzt alles über den Haufen werfen, dann fangen wir wieder ganz, ganz, ganz am Anfang an.» Herren war entschieden gegen die Rückweisung.

# Mehrheit will Kita in Altstadt behalten

Mit 18 zu 15 Stimmen wies der Grosse Stadtrat gestern die Vorlage zur Einrichtung einer Kinderkrippe in der Stahlgiesserei an den Stadtrat zurück. Mitte-Links will weiterhin eine Krippe in der Altstadt.

**Elena Stojkova**

Eineinhalb Stunden diskutierte der Grosse Stadtrat gestern über die Vorlage «Kinderkrippe im Werk I der Stahlgiesserei und Baurechtsabgabe der Liegenschaft Ringkengässchen». Im September des letzten Jahres hatte der Stadtrat die Vorlage vorgestellt. Vorgesehen war, dass die Kinderkrippe Lebensraum am Ringkengässchen geschlossen und die Liegenschaft im Baurecht abgegeben wird. Das Gebäude ist in die Jahre gekommen – 1,5 Millionen Franken würde die Sanierung kosten. Deswegen hatte die Stadt die Verlegung der städtischen Kita in die ehemalige Stahlgiesserei im Mühlental im Sinn. Kritik daran gab es von Anfang an. Die AL hatte beanstandet, dass die einzige städtische Krippe in der Altstadt an die Peripherie verlegt werden und in einer Mietliegenschaft betrieben werden soll.

Christoph Hak (GLP), Präsident der Fachkommission Soziales, stellte gestern den Bericht der Fachkommission vor. Einstimmig hatte sie eine Ergänzung der Vorlage beschlossen: Der Stadtrat solle beauftragt werden, dem Stadtparlament innert zwei Jahren Bericht zu erstatten, ob zusätzlich an einem anderen, besser geeigneten Ort in der Altstadt ein Kinderbetreuungsangebot geschaffen werden kann. Die Vorlage sei zwar nicht ideal, sagte Hak. Aber eine mehrheitsfähige Lösung sei jetzt nötig, denn in dieser «schimmlichen Liegenschaft» könnten die Kinder nicht bleiben.

Dann trat AL-Grossstadträtin Angela Penkov ans Rednerpult. «Die Vorlage gefällt uns nach wie vor nicht», sagte sie. Der zusätzliche Antrag werte sie zwar auf. «Aber es ist nicht mehr als ein Prüfungsantrag.» Die Stahlgiesserei sei für den jetzigen Standort kein adäquater Ersatz. «Wir wollen Kinder im Stadtzentrum.» Penkov stellte den Antrag, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen.

### Chaos versus gute Lösung

Als chaotisch bezeichnete Grossstadtrat Urs Tanner (SP) die Vorlage. Und Grossstadtrat Lukas Ottiger (GLP) fügte an, die Stahlgiesserei sei nicht grün genug für eine Kita, sie sei kein zentrales Wachstumsgebiet für Familien, und die ÖV-Anbindungen seien nicht ideal. «Eine voll ausgelastete Krippe würde in die Stahlgiesserei ziehen – es hätte daher ohnehin keinen Platz für Kinder, die in der Stahlgiesserei wohnen.» Die Mehrheit von Mitte-Links stellte sich hinter Penkovs Rückweisungsantrag.

Anders sah es in den bürgerlichen Fraktionen aus. Sie unterstützten die Vorlage. «Wir brauchen eine gute Lösung für die Kinder», sagte FDP-Grossstadtrat Till Hardmeier. Und für diese sei nicht zentral, dass die Krippe in



Etwa 50 Kinder besuchen die Kita am Ringkengässchen, die zwischen dem Herrenacker und dem Rhein liegt. BILD ROBERTA FELE

### «Wenn dieser Weg nicht zum Ziel führt, dann nehmen wir halt einen anderen.»

**Daniel Preisig**  
Finanzreferent

der Altstadt liege, sondern dass sie in einem guten Zustand sei. Grossstadträtin Sandra Schöpfer (EDU) schloss sich an: «Wir sind es dem neuen Stadtquartier schuldig, ideale Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen.» Sie erinnerte daran, dass von 50 Kindern, die die Kita Lebensraum besuchen, nur 5 in der Altstadt wohnen – genauso viele wohnen im Mühlental.

### «Mehr als sanierungsbedürftig»

Es gebe keine Lösung, die allen gefalle, sagte dazu Bildungsreferent Raphaël Rohner (FDP). Mit der Eingliederung der Kita Lebensraum in die Stahlgiesserei werde sowohl das neue Quartier als auch der Wohnstandort Schaffhausen an Attraktivität für junge Familien gewinnen. «Hand aufs Herz: Die Krippe am Ringkengässchen ist mehr als nur sanierungsbedürftig», sagte Rohner. «Da blättert es ein wenig ab, dort ist es ein bisschen feucht – das kann nicht einfach ignoriert werden.» Selbst mit einer aufwendigen Sanierung

könne kein befriedigendes Ergebnis erzielt werden. «Aber wir werden es versuchen, falls Sie unsere Meinung nicht teilen.»

Zum kritisierten Aspekt, bei der Miete hätte man wiederkehrende Kosten, sagte Finanzreferent Daniel Preisig (SVP): «Die haben wir auch in eigenen Liegenschaften.» Die Lösung in der Stahlgiesserei sei kostengünstiger als eine am Ringkengässchen. Preisig ahnte, dass der Kompromissvorschlag keine Mehrheit finden würde. «Das schmerzt. Diese Vorlage wäre eine grosse Chance für die Stadtentwicklung gewesen.» Aber es bringe nichts, sich zu ärgern. «Wenn dieser Weg nicht zum Ziel führt, dann nehmen wir halt einen anderen.»

Der Rückweisungsantrag wurde schliesslich mit 18 zu 15 Stimmen angenommen. Penkov gab dem Stadtrat diesen Auftrag mit auf den Weg: «Wir wünschen uns eine Vorlage, die die Sanierung des aktuellen Standorts beinhaltet, oder eine Alternative in der Altstadt selbst, und zwar in einer Liegenschaft, die Eigentum der Stadt ist.»

**VIDEO**  
Die gesamte Sitzung unter [www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

## Kritik an nicht eingehaltenen Fristen bei Vorstössen

Der Stadtrat kann zahlreiche Postulate und Motionen nicht rechtzeitig bearbeiten. Das sorgte im Rat für Unmut: Er hat die vom Stadtrat beantragte Fristenverlängerung teilweise gekürzt.

Er erlebe wohl gerade eine Premiere, sagte Stefan Marti (SP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK), gestern an der Sitzung: Noch nie in seiner Amtszeit sei es vorgekommen, dass die vom Stadtrat beantragten Fristenverlängerungen für Postulate und Motionen nicht genehmigt worden seien. Doch die GPK wollte diese Verlängerungen bei 14 Vorstössen nicht einfach durchwinken. Denn die Verzögerungen hätten sich quasi institutionalisiert, sagte Marti. Er verwies auf die Motion «Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen», die Bildungsreferent Raphaël Rohner (FDP) als Parlamentarier im Jahr 2007 eingereicht hatte. «14 Jahre Bearbeitungszeit sind schon ein bisschen lang.» Die GPK beantragte deshalb, die Frist nur bis zum 31. August und nicht wie vom Stadtrat

gewünscht bis Ende Jahr zu verlängern – auch deshalb, weil laut Stadtrat das Konzept im Sommer vorgelegt werden sollte. Ebenfalls bis Ende August sollten drei Postulate zur Abfalltrennung behandelt werden. Und bei Urs Tanners (SP) Postulat «Neugestaltung und Attraktivierung des Stadtschulrates» wollte die GPK die Frist bis Ende dieses Jahres statt bis Ende 2022 verlängern. Hier müsse es schneller vorwärtsgehen, erklärte Marti.

Baureferentin Katrin Bernath (GLP) nahm Stellung zu den Vorstössen rund ums Thema Abfall. Sie habe Verständnis für den Unmut, so Bernath. Grund für die Verzögerungen seien unsichere Entwicklungen, etwa beim Erlös von Wertstoffen: Dieser sei in den letzten Jahren stark zurückgegangen und steige nun wieder.

Das Parlament unterstützte die Anträge der GPK. Grossstadtrat Severin Brüngger (FDP) sagte aber, das Parlament habe einen grossen Einfluss auf die Arbeitsbelastung von Stadtrat und Verwaltung, und sprach von einer «schwindelerregenden Vorstössflut».

Schliesslich wurde die Vorlage mit 33 zu 2 Stimmen angenommen. (heu)

## Politische Arbeit: Stadt prüft Konditionen für Aushilfskräfte

Mitarbeitende der Stadt dürfen jedes Jahr 15 Tage für die Ausübung eines politischen Amtes einsetzen. Der Stadtrat prüft nun, ob dies künftig auch für Mitarbeitende im Niedriglohnsektor gelten soll.

Wer bei der Stadt Schaffhausen arbeitet, ist grundsätzlich gemäss dem kantonalen Personalgesetz und dem Personalreglement der Stadt angestellt. Allerdings gibt es Ausnahmen, etwa beim Reinigungspersonal, bei Lernenden oder Aushilfskräften. Städtische Angestellte im Stundenlohn seien zumeist nach Obligationenrecht (OR) angestellt, schrieb AL-Grossstadträtin Angela Penkov in einer Kleinen Anfrage. Diese Mitarbeitenden seien nicht gleichgestellt. Nur diejenigen, die nach Personalrecht angestellt sind, dürften pro Jahr 15 Tage für die Ausübung ihrer parlamentarischen Arbeit einsetzen.

Vom Stadtrat wollte Penkov wissen, wie viele Personen nach OR angestellt sind und ob er bereit sei, «die Ungleichheit im Hinblick auf die Unterstützung bei der Ausführung politischer Arbeit

zu beseitigen». Wie der Stadtrat nun in seiner Antwort schreibt, waren mit Stichtag vom 18. Januar 2021 290 Personen gemäss OR und 996 Personen nach Personalrecht angestellt. Diejenigen Mitarbeitenden, die nach OR angestellt und als Aushilfe tätig sind, arbeiten gemäss Stadtrat grösstenteils auf Stundenbasis und haben meistens ein sehr reduziertes Teilzeitpensum.

### Stadtrat sieht wenig Bedarf

Als Arbeitgeberin lasse die Stadt, wo es sinnvoll und verhältnismässig ist, auch die OR-Mitarbeitenden an der Erhöhung des Vaterschaftsurlaubs von 5 auf 20 Tage, der Erhöhung der Ferientage von 24 auf 25 Tage oder dem Anrecht auf eine Jubiläumsgabe teilhaben.

«Auch der Stadtrat erachtet das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Ämtern und damit im Dienste des Gemeinwesens als wichtig für eine funktionierende, lebendige Demokratie», heisst es in der Antwort. Der Stadtrat rechne zwar nicht damit, dass der Bedarf sehr gross sein werde, werde das Anliegen der Kleinen Anfrage aber gern prüfen. (heu)